



Bericht und Beschlussempfehlung

des Wirtschaftsausschusses

a) Entwurf eines Mindestlohngesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/620

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/662

b) Tarifoffene, allgemein verbindliche Lohnuntergrenze - Tarifautonomie wahren

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/619

Lohnuntergrenzen

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/657

Der Wirtschaftsausschuss und der Sozialausschuss haben die durch Plenarbeschluss vom 20. März 2013 überwiesenen Vorlagen in mehreren Sitzungen beraten, der Wirtschaftsausschuss zuletzt in seiner Sitzung am 11. September 2013, der Sozialausschuss zuletzt in seiner Sitzung am 12. September 2013. Zudem wurde eine schriftliche Anhörung durchgeführt.

Im Ergebnis in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Sozialausschuss gibt der federführende Wirtschaftsausschuss zu den Vorlagen dem Landtag folgende Empfehlungen ab.

Zu a)

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stim-

me der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/662, zur Ablehnung.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP empfiehlt er dem Landtag den Entwurf eines Mindestlohngesetzes für das Land Schleswig-Holstein der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/620, mit folgender durch Fettdruck gegenüber der Ursprungsvorlage kenntlich gemachter Änderung zur Annahme:

§ 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Der Mindestlohn beträgt **9,18 Euro** (brutto) je Zeitstunde, solange die Landesregierung keinen höheren Mindestlohn nach Absatz 2 festlegt.

Zu b)

Den Änderungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Lohnuntergrenzen empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU zur Ablehnung.

Ebenfalls zur Ablehnung empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der CDU betreffend Tarifoffene, allgemein verbindliche Lohnuntergrenze - Tarifautonomie wahren, Drucksache 18/619, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP.

Christopher Vogt
Vorsitzender